

BÜNDNER SCHULBLATT



Landsgemeinde Trogen, 1814

DEMOKRATIE

| Demokratie in der Volksschule? | Partizipation von Kindern und Jugendlichen | Geschichte der politischen Bildung | Kinder- und Jugendförderung in Graubünden | Kinderkonferenz | Portrait: Politik besteht aus Taten | La motivazione | Laschagn decider igls unfants | Jahrestagung LEGR 2014 | Schulqualität ist... | Agenda | Weiterbildung aktuell | Amtliches |

THEMA

Partizipation von Kindern und Jugendlichen	4
Streiflichter zur Geschichte der politischen Bildung	8
Demokratie in den Schulen Nepals?	10
KiKo – Kinderkonferenz	11
Kinder- und Jugendförderung im Kanton Graubünden	12
Das Potenzial der Partizipation nutzen	13

PORTRAIT

Martin Jäger, Regierungsrat	14
-----------------------------	----

PAGINA RUMANTSCHA	17
-------------------	----

PAGINA GRIGIONITALIANA	18
------------------------	----

AUS DER REDAKTION	19
-------------------	----

GESCHÄFTSLEITUNG LEGR	20
-----------------------	----

VORSTAND SBGR	23
---------------	----

AGENDA	24
--------	----

DIES UND DAS	26
--------------	----

AMTLICHES	29
-----------	----

IMPRESSUM	31
-----------	----

Demokratie in der Volksschule?

Kann die Schule, besonders auf der Volksschulstufe, als demokratisches System verstanden werden? Ich würde dies eher verneinen. Die Schule zeichnet sich in meinem Verständnis durch eine klare Asymmetrie aus. Die Lehrperson weiss in aller Regel mehr (der Umgang mit elektronischen Geräten ist die Ausnahme, welche die Regel bestätigt!), sie kann Zensuren aller Art erteilen, sie hat die Pflicht und die Möglichkeit einzugreifen, wenn das Gefährt Klasse eine andere Richtung einschlägt als vorgegeben, etc.

Aus der Schule eine demokratische Institution zu machen, ist immer wieder versucht worden. Es ist in Einzelfällen auch gelungen, gesamthaft aber gescheitert. Und wenn ich die pädagogischen Filme der letzten Zeit betrachte, dann tendieren sie hin zu einer Lehrperson, die zwar liebevoll, viel verstehend und viel verzeihend, aber eben doch klar führend ist. «Tableau noir» ist so ein Beispiel, «Neuland» ebenso. Es sind Lehrpersonen, die keinen Augenblick Zweifel daran lassen, wer hier Lehrperson ist, aber auch keinen Zweifel daran, dass die Schülerinnen und Schüler absolut im Mittelpunkt stehen.

Wenn ich sage, es gehe gewöhnlich schief, daraus eine selbstbestimmte und selbstbestimmende Institution zu machen, dann heisst das nicht, dass nicht demokratische Formen eingeübt werden können und ebenso wenig, dass demokratisch bestimmte Teile nicht ausgegliedert werden können. Einüben lassen sich Partizipation, Respekt voreinander, Menschenwürde, Akzeptieren von Mehrheitsentscheiden, bzw. Opposition gegenüber Unrechts-Mehrheitsentscheiden. Dies alles gehört ebenso zur Demokratie wie die simple und falsche Formel: Die Mehrheit hat immer recht. Und ebenso gehört dazu, dass die Lehrperson, wenn einmal ein demokratisches Verfahren festgelegt ist, sich diesem in gleicher Weise unterzieht wie die Schülerinnen und Schüler. Sonst läuft es auf scheidemokratische Verfahren hinaus und diese schaden der Demokratie am meisten.

Johannes Flury

P.S. Mit diesem Editorial verabschiede ich mich von den Leserinnen und Lesern des Bündner Schulblatts, danke den Redaktionsmitgliedern für die optimale Zusammenarbeit in den letzten Jahren und wünsche dem LEGR, allen Lehrpersonen und besonders der Bündner Schule alles Gute. Es hat mir Freude gemacht, mitwirken zu dürfen.





Demokratie als Herausforderung für die Pädagogik

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Partizipation (Mitwirken) von Kindern und Jugendlichen im Kindergarten und in der Schule ist notwendig. Entscheidungsspielräume sind auszuloten, verschiedene Partizipationsformen auf Klassen- und Schulebene einzusetzen und die eigene Haltung zu partizipativen Aspekten zu betrachten, zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Die folgenden Ausführungen sollen Impulse geben, zur Diskussion anregen und Ideen für einen schrittweisen Ausbau von Mitsprachemöglichkeiten aufzeigen.

VON CHANTAL MARTI, MITGLIED HOCHSCHULLEITUNG PHGR

Notwendigkeit der Partizipation und Wege dazu

Der Kindergarten und die Schule sind ein wichtiger Lern- und Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Warum sollen Kinder und Jugendliche in die Gestaltung dieses zentralen Lebensraumes einbezogen werden? Erwachsene, Kinder und Jugendliche sind heute komplexen Einflüssen ausgesetzt.

Entsprechend hoch sind die Anforderungen, die an die Persönlichkeit des Einzelnen gestellt werden. Haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, aktiv an Planungs- und Entscheidungsprozessen mitzuwirken, eröffnen sich ihnen vielschichtige, realitätsnahe Lern- und Erfahrungsfelder. Zudem weckt dies das Verständnis für demokratische Prozesse. Partizipation heisst, gemeinsame Lebensbereiche zu planen und zu gestalten. Erwachsene, die normaler-

weise entscheiden, geben damit einen Teil ihrer Entscheidungskompetenz ab.

«Beteiligung entsteht nur in Beziehungen, die von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung geprägt sind. Beteiligung passiert zuerst in den Köpfen und Herzen der Erwachsenen. Deren Haltung ermöglicht oder verhindert Partizipationsprozesse.»¹

Für Schulen gibt es viele Gelegenheiten, Mitsprachemöglichkeiten im Kindergarten- und Schulalltag zu schaffen.

Die folgende Ideensammlung kann helfen, gemeinsam zu diskutieren, was in Zukunft mit welcher Partizipationsart gestaltet, geplant und umgesetzt wird:

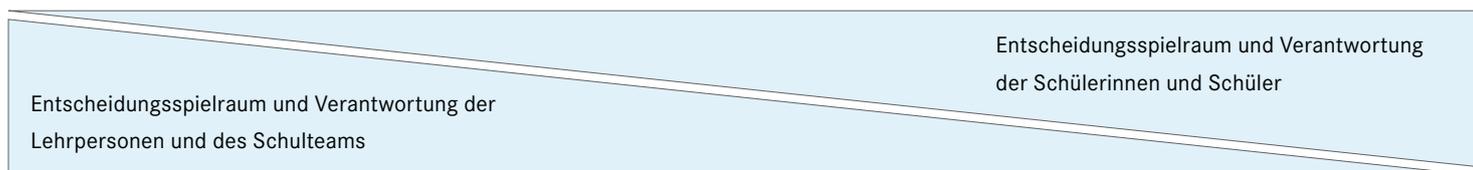
- Bestimmung von Leitlinien und Regeln² der Zusammenarbeit
- Einrichtung des Klassenzimmers, Festlegung der Sitzordnung
- Gestaltung des Pausenplatzes, der Schulhausumgebung, der Schulhaus-erweiterung oder des Schulhaus-umbaus
- Auswahl der Programme, Unterrichtsthemen, Aufgaben, Lernorte, Lernzeiten
- Gestaltung des Stundenplanes

- Vorbereitung von Schulanlässen wie Schulfeste, Lager, Projektwochen und -tage, Reisen, Exkursionen
- Einsatz erarbeitender Lehr- und Lernformen³
- Welche Hausaufgaben bis wann gelöst werden
- Beurteilung der eigenen Schulleistungen, der Lehrpersonen, Festlegung des Zeitpunktes von Prüfungen
- Organisation Pausenkiosk
- Durchführung von Veranstaltungen mit Eltern
- Eröffnung eines Mittagstisches, Kinderhortes oder Schülerinnen- und Schülertreffs
- Mitsprache bei Teilnahme an Schulversuchen
- Übernahme von Ämtern

Ausgestaltung der demokratischen Schulentwicklung

Kindergerechte und jugendgerechte Methoden sollen möglichst viele Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Altersphasen ansprechen. Die folgenden schulischen Partizipationsarten (siehe unten) können als Entwicklungshorizont dienen. Aufgeführt werden verschiedene Formen auf Klassen- und Schulebene, mit deren Hilfe Kindergärten und Schulen demokratische Partizipationsprozesse auslösen und implementieren können.

Partizipationsarten im Kindergarten und in der Schule.



FREMDBESTIMMT	INFORMIERT	REDEN MIT	ENTSCHEIDEN MIT	WIRKEN MIT	SELBSTBESTIMMT
Gesetze, Reglemente, Lehrplan etc. geben den Rahmen vor. Lehrpersonen bestimmen. Schülerinnen und Schüler führen aus.	Lehrpersonen, Teammitglieder planen, organisieren, bereiten vor. Schülerinnen und Schüler werden genau informiert, worum es geht, was geplant ist.	Schülerinnen und Schüler können zu gezielten Fragen Stellung nehmen. Die Entscheidungstragenden beziehen diese ein.	Schülerinnen und Schüler können ihre Ideen und Meinungen einbringen und sind an der Entscheidungsfindung beteiligt.	Vorhaben können von Schülerinnen und Schülern oder von Teammitgliedern eingebracht werden. Die Entscheidung wird gemeinsam getroffen. Darüber hinaus sind die Schülerinnen und Schüler auch an den Umsetzungen (auch punktuell möglich) und weiteren Planungen beteiligt und tragen auch Verantwortung dafür.	Initiative, Durchführung und Verantwortung liegen bei den Schülerinnen und Schülern. Lehrpersonen, Schulteam tragen mit.
PARTIZIPATION					

Gelungene Partizipationsprozesse

Es empfiehlt sich, eine Partizipationskultur im Kindergarten und in der Schule schrittweise aufzubauen. Damit partizipative Anlässe erfolgreich durchgeführt werden können,

- muss das Thema die Beteiligten betreffen,
- sind alle Betroffenen in den Prozess einzubeziehen,
- sollen die Auswirkungen rasch sichtbar und erlebbar sein
- und die Methoden dem Alter und dem Entwicklungsstand angepasst sein.

Erwachsene sollen sich offen und unvoreingenommen auf Partizipationsprozesse einlassen, behalten aber die Hauptverantwortung. Welches Ausmass

an Partizipation mit einer bestimmten Partizipationsform angestrebt wird, muss vorweg geklärt werden, und es muss genau überlegt werden, welche Partizipationsintensität und welcher Partizipationsumfang für die Beteiligten sinnvoll ist. Mitsprache und Mitentscheidung dürfen nicht vorgetäuscht werden: keine Pseudopartizipation!

«Partizipation ohne echten Einfluss ist ein Widerspruch in sich. Echte Räume und Möglichkeiten der Partizipation sind anzustreben.»

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung und die Reflexionsfähigkeit des eigenen Handelns nehmen einen besonderen Stellenwert ein. Erwach-



«Die anderen haben mich gewählt.»

sene müssen bereit sein, auf einen Teil ihrer Macht zu verzichten. Die Beteiligungsrechte der Kinder und Jugendlichen sind auch im Schulhausteam zu klären. Die Beteiligung von Kindern und

Mitwirkungsmöglichkeiten

Mitwirkung auf Klassenebene:	Mitwirkung auf Schulebene:
<ul style="list-style-type: none"> - gemeinsame Gespräche - Klassensprecher/in - Klassenstunde - Klassenrat⁴ - Lernpartnerschaften - gemeinsame Planung - Feedbackkultur - Beurteilungs- und Bewertungskultur - Unterrichtsevaluation - politikvernetzte Projektarbeit⁵ 	<ul style="list-style-type: none"> - Kinderrat, Schülerinnen- und Schülerrat, Schulversammlung, Stufenrat, Jugendparlament, Abstimmungen, Just Community - Treffen der Klassensprecher/innen - Schulsprecher/in - Streitschlichtung, Schülerinnen- und Schülercoaching - Lernen durch Engagement (Service Learning) - Beisitzende an Konferenzen der Lehrpersonen - Partizipation und Partnerschaften über die Schule hinaus (Community Service) - Patenschaften - Schulverfassung, Schulordnung und Leitbild⁶

Literatur

Blum E. (2012). Der Klassenrat. Ziele, Vorteile, Organisation. Mülheim: Verlag an der Ruhr.

Budde J. (2010). Inszenierte Mitbestimmung?! – soziale und demokratische Kompetenzen im schulischen Alltag, in: Zeitschrift für Pädagogik, Jg. 56, Heft 3, 384–401.

Edelstein W. u.a. (Hrsg.) (2009). Praxisbuch Demokratiepädagogik. Sechs Bausteine für Unterrichtsgestaltung und Schulalltag. Basel: Beltz.

Friedrichs B. (2013). Praxisbuch Klassenrat. Gemeinschaft fördern, Konflikte lösen. Basel: Beltz.

Jaun Thomas (2001). Angst vor Kindern. Die Notwendigkeit der Kinderpartizipation und Wege dazu. Bern: blmv.

Meier D. u.a., Partizipation (2005). Mitwirken in der Schule. Ein Praxisleitfaden zur Einführung und Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendpartizipation in der Schule. Zürich: Ressort Volksschule und Betreuung.

Oser F./Biedermann H. (2007). Partizipation – ein Begriff, der ein Meister der Verwirrung ist, in: Quesel C./Oser F. (Hg.): Die Mühen der

Jugendlichen ist eine ernste Angelegenheit und nicht als Modeerscheinung zu verstehen. Geht es doch bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen um die Umsetzung eines Menschenrechts.

Die Umsetzung der Partizipationsmöglichkeiten wird in der Praxis von den Beteiligten differenziert und in der Regel von den Erwachsenen positiver wahrgenommen als von den Schülerinnen und Schülern. Die hierarchische Struktur relativiert die Chancen auf Mitbestimmung, z.B. eigene Vorstellungen von einem Regelwerk einzubringen, die sich nicht mit den Vorstellungen der Lehrpersonen decken. Dementsprechend bestätigt sich in Forschungsergebnissen, dass die Aushandlungen tatsächlich nicht ergebnisoffen und die Partizipationsmöglichkeiten von vornherein eingeschränkt sind.

«Während die Pädagogik den einzelnen Menschen leiten und beeinflussen will, geht die Partizipation vom Menschen aus, der selbst beeinflusst. Pädagogik versucht den Menschen zielgerichtet zu verändern, während der Mensch durch die Partizipation selbst einen Beitrag zur Veränderung seiner Umwelt leistet.»⁷



1 Die hier abgedruckten Zitate stammen aus der aufgeführten Literatur

2 Eine Möglichkeit besteht darin, mit den Kindern und Jugendlichen dann Regeln zu erstellen, wenn sich im Alltag die Notwendigkeit ergibt (z.B. bei auftretenden Konflikten), um so den direkten Bezug zu sozialen Situationen zu nutzen.

3 Engagement und Übernahme von Verantwortung kann z.B. mit Wochenplanunterricht, freier Arbeit, kooperativem Lernen oder auch Vortragsreihen geschult werden. Arbeiten können z.B. selber ausgewählt und projektartig bearbeitet werden.

4 Mit dem Klassenrat gewinnt ein Element der Reformpädagogik wieder an Bedeutung. Das Bemühen um Partizipation war für den Reformpädagogen Célestin Freinet elementar. Der Klassenrat gilt bis heute als Herz der Freinet-Pädagogik. Zu den Zielen, Vorteilen und der Organisation des Klassenrates, siehe Publikation von Eva Blum oder Brite Friedrichs. Der Klassenrat ist nach Blum eine regelmässig stattfindende Gesprächsrunde, in der sich die

Schülerinnen und Schüler und die Klassenlehrperson gemeinsam mit konkreten Anliegen der Klassengemeinschaft beschäftigen und dafür mögliche einvernehmliche Lösungen finden.

5 Konkrete und echte Anlässe, um Einblick und Handlungserfahrungen in die komplexen Strukturen des politischen Systems zu gewinnen.

6 Mit allen Beteiligten erstellen und von Zeit zu Zeit gemeinsam überarbeiten.

7 Man könnte das eine oder andere an dieser Darstellung relativieren, aber diese klare Gegenüberstellung verdeutlicht, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hier zwei unterschiedliche Qualitäten aufweist. Siehe dazu die Publikation «Demokratiepädagogik» von Wolfgang Edelstein. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts hat der amerikanische Philosoph und Pädagoge John Dewey in «Democracy and Education» (1916) deutlich gemacht, wie Erziehung und Demokratie miteinander verbunden sind. Nach Deweys Auffassung wird Demokratie stets im alltäglichen Zusammenleben der Menschen verankert und gelebt.

Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Zürich/Chur, 17–38.

Regner M. u.a. (2009). Kindergarten heute. Fachzeitschrift für Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Spot: So geht's – Partizipation in der Kita. Sonderheft.

Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich

(2007). Partizipation. Mitwirken in der Schule. Klassenrat. (DVD). Vier Beispiele von Klassenräten aus verschiedenen Stufen (Kindergarten bis Oberstufe).

Reinhardt V. (2009): Partizipation in der Schule. Ein Ansatz für demokratische Schulqualität, in: Zeitschrift Lehren und Lernen, 35. Jahrgang, Nr. 7.

Wagener A. L. (2013). Partizipation von Kindern an (Ganztages-) Grundschulen. Ziele, Möglichkeiten und Bedingungen aus Sicht verschiedener Akteure. Basel: Beltz.

Streiflichter zur Geschichte der politischen

Das Ziel dieses Beitrags ist es, an drei ausgewählten Beispielen zu zeigen, wie im Bündner Schulwesen politische Bildung thematisiert worden ist. Ein erster Abschnitt gilt der Einführung und weiteren Entwicklung des «staatsbürgerlichen Unterrichts». Ein zweiter Abschnitt befasst sich mit dem frühen Versuch, politische Bildung durch die Einrichtung einer Schülerorganisation zu fördern. Der dritte Abschnitt gilt dem «Gruppenunterricht» und sozialräumlichen Bemühungen um «Demokratisierung» des Unterrichts. Die drei Beispiele belegen ganz unterschiedliche Formen und Ansatzpunkte der politischen Bildung.

VON PETER METZ, PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE FHNW

Staatsbürgerlicher Unterricht

Nach der Wende zum 20. Jahrhundert finden wir in den Verordnungen zum Bündner Schulwesen neu Themen zum staatsbürgerlichen Unterricht:

- «Vaterlandskunde» (Verordnung Fortbildungsschulen, Art. 11);
- «Die Knaben erhalten (...) Unterricht in Geometrie und Verfassungskunde, die Mädchen in Handarbeiten und Haushaltungskunde» (Verordnung Sekundarschulen 1907, Art. 8);
- «Schweizerische und bündnerische Verfassungskunde und Verfassungsgeschichte» (Unterrichtsplan Lehrerseminar 1907, XV)

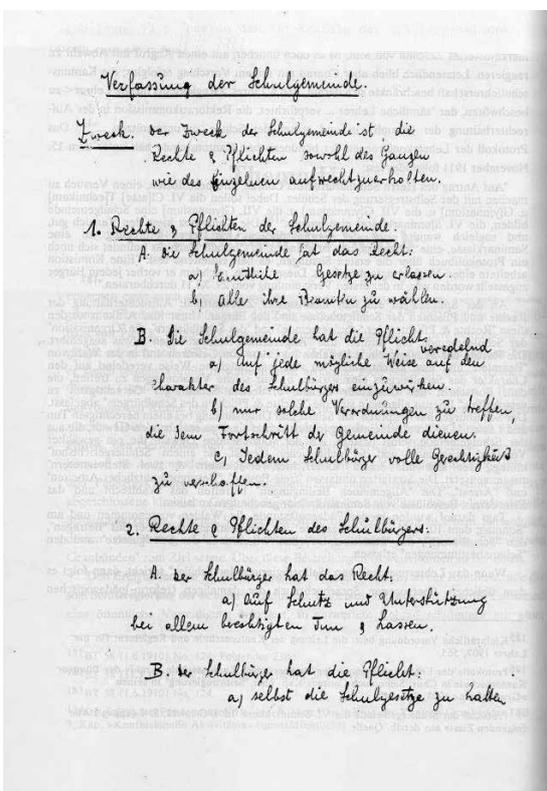
Was war geschehen? 1874 verabschiedeten Bund und Stände eine Revision der Bundesverfassung, die «genügenden Primarunterricht», «staatliche Leitung» und «Unentgeltlichkeit» verlangte. Wenige Monate danach erliess der Bundesrat ein Regulativ zur bundesweiten Einführung der pädagogischen Rekrutenprüfungen, um die Leistung sämtlicher Rekruten in Sprache, Rechnen und Vaterlandskunde zu messen und die Kantone zu rangieren. Keine Rücksicht genommen wurde auf Unterschiede der Schuldauer, Wirtschaftskraft und Kultur. Nicht verwunderlich, dass der Kanton Graubünden jeweils im letzten Drittel aller rangierten Kantone landete! Die jährlich publizierten Resultate der Rekrutenprüfungen führten zu einem landesweiten Wettstreit mit heftigen Debatten und pädagogischen Initiativen. Der Kanton Graubünden förderte entschieden und umfassend die Entwicklung der verschiedenen Zweige des Bildungswesens und erklärte die Themen «Vaterlandskunde», «Verfassungskunde» sowie «Verfassungsgeschichte» für Knaben (!) verbindlich.

Eine verstärkte Zuwendung zu Fragen des staatsbürgerlichen Unterrichts in Schule und Gesellschaft entwickelte sich in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 und wiederum ab 1933. Conrad Buol, Bündner Seminardirektor in den

Jahren 1951 bis 1977, bringt in seiner Dissertation von 1950 die vielfältigen Diskussionen der vorausgehenden 200 Jahre und die aktuellen Formen von staatsbürgerlichem Unterricht in einen sowohl geschichtlichen als auch systematischen Überblick. Unter dem Titel «Erziehung zur Demokratie» befasst er sich mit «Wegen zur Selbständigkeit», «Wegen zur Gemeinschaft» und mit staatsbürgerlicher Erziehung als Unterrichtsprinzip.

«Schülerverfassung»

Das Stichwort «Selbstregierung» der Schüler knüpft sich an eine internationale Diskussion, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts verstärkte und viele praktische Versuche in Colleges und Mittelschulen ansties. Namentlich erinnert sei hier an Friedrich W. Foerster, der in den Jahren 1898 und 1912 an der Universität Zürich Privatdozent für Philosophie und Moralpädagogik war. Im Zusammenhang mit einem Disziplinarfall an der Bündner Kantonsschule geriet auch der Pädagogik-Unterricht am Lehrerseminar in die öffentliche Kritik; sie sei mit der christlichen Lehre nicht vereinbar und die Schüler würden charakterlich nicht gehörig erzogen. Seminardirektor und Pädagogiklehrer Paul Conrad reagierte auf zwei Ebenen:



n Bildung

In der Öffentlichkeit legte er dar, dass die Kritik nicht berechtigt sei, und innerhalb der Schule regte er die Schüler dazu an, sich in einer «Schulgemeinde» zu organisieren, welche die Pflicht hatte, «auf jede mögliche Weise auf den Charakter des Schulbürgers einzuwirken...». Conrad hatte schon 1908 in seinen «Grundzügen der Pädagogik» die «Selbstregierung» thematisiert. Im Jahr 1911 hat sich vermutlich eine Schülergruppe finden lassen, die eine Schulverfassung verabschiedet hat. Der Vorstand dieser Schulgemeinde sollte vom Rektorat verschiedene disziplinarische Kompetenzen übernehmen. An der Lehrerkonferenz vom Januar 1912 unterlag Conrads pädagogisch gedachter Antrag, an der Bündner Kantonsschule die Selbstregierung (definitiv) einzuführen.

Die Thematik der Schülermitsprache war in den 1920er Jahren nochmals an der Evangelischen Lehranstalt Schiers ein Thema. Von Schülerorganisationen und Mitspracherechten lesen wir wieder an der Bündner Kantonsschule in den Nach-68er-Jahren: So zum Beispiel am Bündner Lehrerseminar ab 1969 und in der Schulordnung der Bündner Kantonsschule von 1973.

Unterricht als Sozialraum

Im ersten Abschnitt ging es um politische Bildung als Unterrichtsthema und im zweiten Abschnitt um politische Bildung als Teil des Schullebens. In diesem dritten Abschnitt interessiert sie uns als Unterrichtsprinzip. Seit den sechziger Jahren gab es vermehrt Veröffentlichungen zum Thema, wie der Schulraum und der schulische Sozialraum gegliedert werden kann, um Schülerinnen

und Schüler zu gemeinsamem und gleichberechtigtem Arbeiten anzuleiten (vgl. z.B. Vettiger 1977). Ich erinnere mich noch gut an jene Schulzimmer in der alten Kanti der 1960er Jahre, die ein Stehpult oder gar ein Podium mit einem Katheder aufwies, das dem Lehrer eine bessere Übersicht und Kontrolle ermöglichte. Mit dem Abbruch der alten Gebäude waren all diese an eine Hochschule erinnernden Einrichtungen verschwunden und im Neubau von 1970 sasssen wir Schüler dann «auf gleicher Höhe» mit dem Professor; einige von ihnen reagierten auf all die Neuerungen leicht irritiert. Die räumliche Gleichstellung mit und unter Schülerinnen und Schülern war ein Gebot der Zeit, der antiautoritären 68er. Und wie steht es mit neuen Formen des Sozialarrangements?

Zwischen 1960 und 1985 finden wir im Bündner Schulblatt keinen einzigen Grundsatzartikel zu Gruppenarbeiten. In den teils engen Schulstuben liessen sich die schweren Pulte und fixen Bankreihen ja kaum bewegen. Aber die Tatsache von vielen mehrklassigen Schulen führte unwillkürlich zu verschiedenen Formen altersgleichen und altersgemischten Lernens in Gruppen. Und in der seminaristischen Grundausbildung und auch in der «Lehrerfortbildung» war «Gruppendidaktik» und «Gruppenpädagogik» durchaus ein Thema (z.B. BS März/April 1979).

Um Nutzen und Ungenügen von Gruppenarbeiten entspannen sich in der Lehrerschaft viele, auch kontroverse Gespräche. Ältere Kolleginnen und Kollegen schalten sie als völlig ineffizientes Verfahren – sie hatten nicht immer Unrecht, wie die Erfahrung zeigte, aber

Recht gab man ihnen dennoch nicht. Noch 1995 begegnete ich – natürlich nicht in Graubünden (!) – einem strikten Gegner einer jeden Gruppenarbeit. Lieber beugte er sich unüberhör- und unübersehbar über eine ganze Bankreihe, um einem Schüler der nächsten Reihe etwas zu erklären, was ihm dessen Nachbar hätte leise beibringen können.



Quellen und Literatur

- 200 Jahre Bündner Kantonsschule. Chur 2004, S. 66, 105 ff.
- Buol, Conrad: Erziehung zur Demokratie in der schweizerischen Volksschule. Zürich 1950.
- Conrad, Paul: Grundzüge der Pädagogik. Bd. II. Chur 1908, S. 247 f.
- Crotti, Claudia; Kellerhals, Katharina: «Mögen sich die Rekrutenprüfungen als kräftiger Hebel für Fortschritt im Schulwesen erweisen!», In: SZB 29 (2007), Nr. 1, 47–63.
- Hepp, Johann: Die Selbstregierung der Schüler: Erfahrungen mit F.W. Foersterns Vorschlägen für eine vertiefte Charakterbildung in der Schule. Zürich 1911.
- Hoffmann-Ocon, Andreas; Metz, Peter (Hrsg.): Schuljugend unter nationalem Anspruch. Hohenheim und Zürich 2010.
- Kleinrätliche Verordnung betreffend den Unterrichtsplan für das Lehrerseminar von 1907
- Metz, Peter: Herbartianismus. Bern 1992, 556–563 und 629–633.
- Moser, Heinz; Kost, Franz; Holdener, Walter: Zur Geschichte der politischen Bildung in der Schweiz. Stuttgart 1978.
- Verfassung der Schulgemeinde, in: StAGR ASP. III.11b.1.4.12.
- Verordnung für die bündnerischen Real- und Fortbildungsschulen von 1901.
- Verordnung für die bündnerischen Sekundarschulen von 1907.
- Vettiger, Heinz: Gruppenunterricht. Zürich 1977.

Demokratie in den Schulen Nepals?

Die PH-Studentin Anja Putzi hat einen Teil ihres berufspraktischen Semesters in Nepal absolviert. Hier ein kurzer Blick über ihre Schulter darüber zu Demokratie und Schulsystem.

VON ANJA PUTZI, STUDENTIN PHGR

Um in den Tag einzusteigen, reihen sich die Kinder in ihren Klassen auf dem Schulhof ein und singen die Nationalhymne. Danach gibt es einige Informationen zur kommenden Woche und schliesslich wird die Klasse mit dem besten und die Klasse mit dem schlechtesten Verhalten gekürt. Die beste Klasse darf ihre Wellblechüre eine Woche lang mit einem Smiley schmücken, die schlechteste muss eine Woche lang Toiletten putzen (sofern wir diese nassen Löcher im Boden als Toiletten bezeichnen würden).

Der Schulunterricht beginnt. Die Lehrperson fragt die Schüler, wo sie sind, schlägt die entsprechende Seite auf und fängt an vorzulesen. Wenn der

Lehrer etwas fragt, müssen die Kinder aufstehen, antworten und der Begriff «Sir» darf auf keinen Fall vergessen werden.

Für uns erscheint der Unterricht sehr trocken, sowohl von der Klassenführung her als auch inhaltlich. Die Schüler sind Weltmeister im Auswendiglernen, wissen aber meist nicht, was sie da erzählen. Die Kinder scheinen im Unterricht oft gelangweilt, allerdings betonen sie immer wieder, wie gerne sie zur Schule gehen. Sie sind stolz darauf, dass sie die Schule besuchen dürfen. Dies ist in Nepal keine Selbstverständlichkeit. Geschätzte 50% der Nepali sind Analphabeten! So gibt es auch immer wieder Tage, an denen die Schüler mit

Kartonschildern durch das Dorf ziehen und lauthals Parolen zu den Kinderrechten propagieren.

Man könnte sagen, dass ihr Unterricht frontal und der Lehrer der Chef im Klassenzimmer sei. Aber wie soll das geändert werden, wenn die Eltern genau das von der Lehrperson erwarten? Wenn sie wollen, dass ihre Kinder abschreiben müssen und stolz darauf sind, was ihre Kinder alles auswendig können? Und wie soll in der Klasse Demokratie herrschen, wenn die Kinder noch täglich für ihre Rechte kämpfen müssen und sich dafür einsetzen, dass ihre Freunde auch eines Tages die Schule besuchen dürfen?



KiKo – Kinderkonferenz

Vor etwas mehr als zwei Jahren wurde just vor dem «Tag des Kindes» im November die Kinderkonferenz an den Primarschulen Igis und Landquart eingeführt. Diese setzt sich aus gewählten Schülerinnen und Schülern aus den einzelnen Klassen zusammen. Sie tragen die (Klassen-) Anliegen in die Konferenz und sorgen für den Informationsaustausch. Geleitet wird diese seither von Lehrpersonen. Neu wird sie durch die Schulsozialarbeit – genauer gesagt durch Seraina Dannacher unterstützt.

EIN INTERVIEW VON FABIO E. CANTONI MIT SERAINA DANNACHER



Seraina Dannacher, Schulsozialarbeiterin in der Gemeinde Landquart

Die KiKo tagt drei bis vier Mal im Jahr. Geht das den Kindern nicht zu lange, wenn Beschlüsse gefasst werden sollen?

Die Zeitspanne ist wirklich etwas lange und einiges gerät dann auch in Vergessenheit. Deshalb starten wir die KiKo immer mit einem kurzen Rückblick. Mehr Treffen wären zur Zeit im Schulalltag fast nicht möglich.

Beim Start leiteten ausschliesslich Lehrpersonen die Konferenz. Heute ist die Schulsozialarbeit auch mit an Bord. Welche Vorteile siehst du darin?

Eine Kollegin hat es so geschildert: Die Schulsozialarbeit nimmt durch ihre Stellung teils eine neutralere Position ein. Dabei fällt es einigen Schülerinnen und Schülern leichter, ihre Anliegen direkt anzusprechen.

Welche Erfahrungen machst du mit der KiKo?

Ich erlebe stolze und motivierte Kinder. Auf dem Pausenplatz werde ich oft auf

die kommende Konferenz angesprochen. Innerhalb der Konferenz stelle ich grosse Fortschritte in der Kommunikation fest. Das Einhalten der Gesprächsregeln, das verständliche Einbringen der eigenen Anliegen und das gegenseitige Zuhören wird immer besser. Manchmal staune ich, wie bereits Erstklässler wertvolle Ideen einbringen.

Mit der KiKo will man unter anderem das Demokratieverständnis entwickeln. Ist davon etwas im Schulalltag spürbar?

Die KiKo als Fortsetzung des Klassenrates, welcher konsequenterweise nun auch in allen Klassen installiert ist, unterstützt eine Entwicklung des Demokratieverständnisses. Die SuS müssen lernen, nach der Diskussion gefällte Mehrheitsentscheide zu akzeptieren. In der KiKo muss dann auch die Meinung der Klasse eingebracht werden – nur die eigene Meinung zu vertreten, wäre zu wenig.

Was zeichnet einen «guten Vertreter bzw. eine gute Vertreterin» aus? Gibt es eine Amtszeit?

Es gibt keine eigentliche Amtszeit. Die Klasse entscheidet jährlich neu über ihre Vertretung. Ich begrüsse jeweils einen Wechsel, damit möglichst viele Kinder diese Erfahrung machen können. Eine gute Vertretung ist motiviert, engagiert, traut sich die Meinung zu sagen und hilft mit, sachliche Lösungen

zu finden. Dabei muss sie die Anliegen ihrer Klasse bzw. der Allgemeinheit berücksichtigen.

Welches sind die aktuellen Themen in der KiKo?

Zurzeit sind es die Mitwirkung an der Schulschlussfeier und die Pausenplatzgestaltung. Eine Wiese am Rande des Spielplatzes soll in gemeinsamer Arbeit schöner bepflanzt werden.

Wie kommen die Themen in die KiKo?

Mehrheitlich kommen die Themen via Klassenrat in die KiKo. Seit zwei Monaten haben wir in Landquart auch einen Briefkasten für alle. Diese Anliegen werden dann von mir gesichtet. Dringende oder persönliche Anliegen kann ich als Schulsozialarbeiterin direkt beantworten. Die übrigen gelangen auf die Traktandenliste.

Welche Wünsche hast du für die Zukunft der KiKo?

Ich wünsche mir, dass die KIKO und der Klassenrat ganz selbstverständlich zum Schulalltag gehören und weiterhin so viel Unterstützung der Lehrpersonen erhalten. Ausserdem wünsche ich mir noch viele Kinder, die erleben dürfen, dass ihre Ideen und ihre Meinung von Bedeutung sind. Sich einzubringen und sich als Teil der Gemeinschaft zu fühlen, ist wichtig für eine positive Entwicklung der Kinder.

Kinder- und Jugendförderung im Kanton Graubünden

Kinder und Jugendliche profitieren in Graubünden von einem breiten Förderangebot im Rahmen der Schul- und Berufsbildung, der familienergänzenden Betreuungsangebote, der Sport- und Kulturangebote sowie der Gesundheitsförderung und Prävention. Besonders in diesen gesetzlich geregelten Bereichen nimmt der Kanton umfassende Aufgaben wahr und engagiert sich stark bei deren Finanzierung.

VON REGIERUNGSRAT HANSJÖRG TRACHSEL, VORSTEHER DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND SOZIALES



Seit den Neunzigerjahren ist die Kinder- und Jugendförderung im Freizeitbereich stärker ins öffentliche Interesse gerückt. Diese ausserfamiliären und ausser schulischen Aktivitäten unterstützt der Kanton über die Finanzierung von Projekten mit einem Leistungsauftrag an den Dachverband Jugendarbeit Graubünden, jugend.gr, und mit der Unterstützung des Jugend- und des Mädchenparlaments. Im Sinne der Aufgabenteilung und der Subsidiarität zwischen Bund, Kanton und Gemeinden sind im Bereich der ausserfamiliären und ausser schulischen Kinder- und Jugendförderung sinnvollerweise die Gemeinden zuständig. Zusammen mit den Kirchen und privaten Trägerschaften beschäftigen und finanzieren die Gemeinden zurzeit Jugendarbeiterinnen

und -arbeiter im Umfang von insgesamt 16 Vollzeitstellen.

Rund zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen im Kanton leben in einer Gemeinde, die ihnen Zugang zu einem Angebot an offener Kinder- und Jugendarbeit mit angestellten Fachpersonen bietet. Weitere profitieren von den Angeboten in den umliegenden Gemeinden. Zudem können sie die zahlreichen Angebote von Kultur-, Sport- oder Kinder- und Jugendverbänden nutzen. Der Kanton unterstützt jugend.gr in der klaren Absicht, dass diese Fachorganisation Grundlagenwissen bereitstellt und konkrete Impulse für den Aufbau von jugendspezifischen Förderangeboten in den Gemeinden geben kann. Die Angebote müssen nahe an den

sich rasch ändernden Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gestaltet werden.

Ein einheitlicher, durch den Kanton vorgegebener Vollzug würde den regionalen Unterschieden und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen nicht gerecht. Die bisherige flexible Wahrnehmung der Aufgaben würde eingeschränkt. In den ländlichen Regionen sind die Kinder und Jugendlichen stärker in die eigene Gemeinde und die nachbarschaftlichen Strukturen eingebunden und sie organisieren ihre Freizeitaktivitäten weitgehend selbstständig. Damit kann dem Grundsatz der Partizipation Nachachtung verschafft werden. Die Kinder und Jugendlichen können sich aktiv in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse einbringen und diese mitgestalten. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, einen Teil ihrer Freizeit eigenverantwortlich zu gestalten und bedingt gleichzeitig persönliches Engagement und eine gewisse Verbindlichkeit. Dies entspricht dem Ziel der Partizipation, das eine «...positive Wirkung auf das Demokratieverständnis, die langfristige Partizipationsbereitschaft und das gesellschaftspolitische Interesse und Engagement» der Kinder und Jugendlichen verfolgt. Die Regierung präsentiert in ihrem Bericht an den Grossen Rat die Situation hinsichtlich der Kinder- und Jugendförderung in Graubünden.

Kommentar zum Bericht über Kinder- und Jugendförderung in Graubünden

Das Potenzial der Partizipation nutzen

Mit dem Bericht über die Kinder- und Jugendförderung im Kanton Graubünden wurde erstmals eine umfassende Auslegeordnung zum Bereich der Kinder- und Jugendpolitik geschaffen. Ein wesentlicher Teil des Berichts betrifft erfreulicherweise den Bereich der Partizipation, also der Mitsprachemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Diese beruht auf der UNO Kinderrechtskonvention, welche als grundlegendes Element Mitwirkungsrechte der Kinder und Jugendlichen beinhaltet.

VON SANDRA LOCHER BENGUEREL

Die Partizipation wird im Bericht nebst dem Kindes- und Jugendschutz, der eigentlichen Kinder- und Jugendförderung als dritte Säule der Kinder- und Jugendpolitik aufgeführt. Der Bericht veranschaulicht deutlich, dass die Partizipation eine Querschnittsaufgabe ist und in verschiedenen Bereichen wirkt. Sie geschieht am Küchentisch, im Schulhaus, im Klassenzimmer und auf allen Staatsebenen. Der Bericht konzentriert sich auf die ausserschulische und ausserfamiliäre Partizipation und weist auf das Potenzial hin, die Mitwirkung der Kinder- und Jugendlichen zu fördern. Doch wird dieses im Kanton Graubünden ausreichend genutzt? Wie sieht es konkret mit den Mitwirkungsrechten der Kinder und Jugendlichen im Kanton Graubünden aus?

Der Bericht zeigt auf, was heute bereits installiert ist. Mit der Jugendsession und dem bisher einmalig durchgeführten Mädchenparlament verfügt unser Kanton über zwei konkrete Instrumente. Beide verfügen jedoch weder über ein eigenes Handlungsbudget für die Umsetzung allfälliger Beschlüsse noch über ein Antragsrecht im Grossen Rat. Deshalb sind diese beiden Instrumente noch zu wenig nachhaltig. Denn ich bin überzeugt, dass gerade im Bereich der Partizipation Nachhaltigkeit entscheidend ist. Erfahren Jugendliche, dass ihre Anliegen ernst genommen werden,

so wird damit die entscheidende Basis gelegt und Vertrauen geschaffen für die spätere Mitwirkung beispielsweise an Wahlen und Abstimmungen.

Die Zahlen der eher tiefen Stimmbeteiligung der Jugendlichen – auch wenn unterschiedliche Aussagen dazu gemacht werden – weisen auf Handlungsbedarf hin. Mit dem Projekt «easyvote», einer Abstimmungsbroschüre speziell für Jugendliche, gibt es ein gutes Instrument. Es wird in einigen Bündner Gemeinden ausgehändigt. Doch auch hier ist Handlungsbedarf angezeigt, das Projekt steht in Graubünden auf der Kippe, da die Auflage zu tief ist.

Finden die Jugendlichen Gehör mit ihren Anliegen, so wird dadurch auch die Lust gefördert, sich zu engagieren. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass dies die Jugendlichen prägt. Denn dadurch entsteht Demokratieverständnis und dabei bin ich überzeugt, dass eine gelebte Demokratie die Basis bildet für eine aktive Jugend. Jugendliche sollen gesellschaftliche Fragen und Entwicklungen mitprägen können. Dies bedingt, dass sie aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozessen mitwirken können. Im Bereich der Partizipation sehe ich gemäss Bericht Handlungsbedarf. Die Partizipationsinstrumente auf kantonaler und kommunaler Ebene müssen unbedingt ausgebaut werden. Da



denke ich beispielsweise an die Prüfung der Einführung eines kantonalen Jugendparlaments, an den Aufbau einer kantonalen Jugendkommission oder an verankerte Instrumente der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen auf Gemeindeebene. Beispielsweise an eine Bestimmung die regelt, dass es mindestens einmal jährlich ein offenes Gespräch zwischen Gemeinderat und Jugendlichen gibt. Hier sind noch viele weitere Ideen gefragt.

Und hier setzt mein Kritikpunkt zum Bericht an. Der Bericht endet zu früh und so bleibt es bei einer umfassenden Auslegeordnung. Es fehlen jedoch klar formulierte Ziele und konkrete Massnahmen. Damit der Bericht seine Wirkung entwickeln kann, braucht es aufbauend zum Bericht ein Konzept zur Kinder- und Jugendförderung oder zumindest eine Zieldefinition. Nur so kann erreicht werden, dass das Potenzial der Partizipation in unserem Kanton ausgeschöpft wird.

Politik besteht nun mal aus Taten

An einem kühlen Aprilmorgen treffe ich Regierungsrat Martin Jäger in seinem Büro an der Quaderstrasse. Ein Treffen mit einem Menschen, dem ich in meinem Leben auf verschiedensten Ebenen begegnet bin. So war ich damals einer seiner Schüler, dann Lehrerkollege, später wurde er als Stadtrat mein Vorgesetzter und nun begegne ich ihm im Rahmen der Verbandsarbeit des LEGR auf der politischen Bühne. Immer wieder erfahre ich Interessantes, und so soll es auch in diesem Portrait sein.

VON FABIO E. CANTONI



Martin Jägers Bildungsbiografie ist eine sehr eigenartige, welche sich zumindest geografisch auf Schiers eingrenzen lässt. Vom Kindergarten über die Musterschule bis zum Gymnasium – alles auf engstem Raum! Mit dem Maturitätszeugnis in der Tasche, überlegte er sich alle möglichen Varianten, was er studieren möchte. Sein Wunsch nach Unabhängigkeit von den Eltern liess ihn dann vorerst eine Stelle als Dorfschullehrer in Pany annehmen. Heute wäre dies, nur mit einem Matura-

zeugnis in der Tasche, unvorstellbar. Er fand Gefallen am Unterrichten und schloss dann noch ein Jahr Oberseminar an – selbstverständlich wieder in Schiers. Anschliessend unterrichtete er 20 Jahre im Schulhaus Barblan in Chur. Rückblickend stellt Martin Jäger fest, dass dies für ihn – mit all den Ideen und Interessen, welche er als Zwanzigjähriger noch hatte – damals nicht vorstellbar war. Trotzdem hält er rückblickend fest: «Das war eine ganz erfüllende Zeit!»

Politik hat er nebenbei immer betrieben. Bereits mit 16 Jahren war er Mitglied des Prättigauer Jugendparlaments. Einmal versuchten sie eine Initiative für das Frauenstimmrecht zu starten. Denn es war für Martin Jäger – aber auch für viele andere – unverständlich, dass seine Mutter nicht abstimmen konnte, während damals ein geistig leicht behinderter Schweineknecht stimmberechtigt war. Trotz stundenlangem Sammeln kamen gerade acht Unterschriften zusammen. Schmunzelnd fügt er noch an, dass ihn dies heute gar nicht so verwundern würde, da sich die Gruppe des Jugendparlamentes «Unitarische Sozialisten» nannte und selbst ihr Geschichtslehrer, welcher das Anliegen klar unterstützte, auf diesem Bogen einfach nicht unterschreiben wollte.

Martin Jäger zählt sich zur 68er-Generation, welche politisch interessiert war. An der Evangelischen Mittelschule und in seiner Klasse hatte es viele politisch Interessierte, welche auch später in der Politik aktiv waren. Nach den Erfahrungen im Jugendparlament trat er gemeinsam mit einer ganzen Gruppe junger Leute in die SP Schiers ein. Als extrem spannend bezeichnet er die Zeit, die er regelmässig neben den Bundesräten Ritschard und Graber im Sitzungszimmer 86 im Bundeshaus verbrachte. Zu dieser Zeit war er Sekretär der SP Graubünden. Viele spannende

Sitzungen und Après-Sitzungen zeigten deutlich auf, wie «das Ganze» funktionieren würde. Das war eine grosse Chance, aber stets auch viel Arbeit.

Bereits mit 25 Jahren wurde Martin Jäger in den Grossen Rat gewählt. Dies war mit ein Grund, weshalb er nicht studieren ging. Schnell kumulierten sich Ämter, welche nur mit der Präsenz vor Ort auszufüllen waren. Heute noch würde es vielen jungen Leuten so

Heute noch würde es vielen jungen Leuten so gehen: Studium oder politische Aktivitäten! Beides sei miteinander kaum vereinbar.

gehen: Studium oder politische Aktivitäten! Beides sei miteinander kaum vereinbar.

Martin Jäger interessierte sich besonders für Exekutivämter. 1990 kandidierte er ein erstes Mal als Regierungsrat. Obwohl er sich kaum Chancen ausmalte, schnitt er doch recht gut ab und es wurde knapp – aber es reichte nicht. Er «tröstete» sich damit, dass selbst Martin Bundi als ehemaliger Nationalratspräsident nicht in die Regierung gewählt wurde. Später hätte er als erster Ersatz in den Nationalrat nachrücken können. Er verzichtete aus Rücksicht auf seine Familie darauf.

Für die Stadtratswahlen wurde er von der SP nominiert. Sein Bekanntheitsgrad in der Stadt Chur reichte aus, um 1997 den «FDP-Sitz» zu übernehmen. Dies sei in Chur schwierig, weil es deutlich mehr Parteien als die lediglich

Schulhaus Barblan Ende 70er Jahre

Fabio Cantoni

Martin Jäger



drei verfügbaren Sitze gäbe. «Politik ist nicht planbar! Es gibt in der Politik immer wieder Zeitfenster, beziehungsweise Türen welche offen stehen und man wird dann vielleicht gewählt – oder eben auch nicht. Es braucht immer auch ein bisschen Glück!» Und dies war wohl 2010 wieder einmal soweit: Martin Jäger wurde als Nachfolger von Claudio Lardi, ebenfalls SP, in die Bündner Regierung gewählt. Seither steht er dem Erziehungs- und Kulturdepartement vor.

Die Frage, was ihn an einem Exekutivamt denn reizte, beantwortet Martin Jäger «mit der längerfristigen Arbeit in und mit einem politisch unterschiedlich ausgerichteten Team». Sich selber bezeichnet er als konsequenten Politiker, welcher einmal gesetzte Ziele solange verfolge, wie es eben nötig sei. Damit könne man in der Politik durchaus erfolgreich sein. Zentral sei es «die Leute mit ins Boot zu nehmen» und der Diskussion genügend Zeit einzuräumen. Als Beispiel führt er die Erarbeitung des Bündner Schulgesetzes an. Dank der intensiven Beratung innerhalb der grossrätlichen Kommission konnten anfangs heftig umstrittene Inhalte aus-

diskutiert und in einem überarbeiteten Vorschlag, welcher von der Kommission einstimmig getragen wurde, ins Parlament eingebracht werden. Es sei wesentlich, sich im Prozess genügend Zeit zu nehmen. Dazu brauche es Gelassenheit, aber auch Hartnäckigkeit, um die gesetzten Ziele nicht aus den Augen zu verlieren.

Regierungsrat Jäger möchte nie mit einem Kollegen aus Deutschland oder Österreich wechseln, denn das schweizerische Politikverständnis sei ein anderes als bei unseren Nachbarn. Dort herrsche eine viel höhere Parteidisziplin, das Parlament hätte wenig zu sagen und erste Aufgabe sei die Absicherung der Mehrheitsregierung. Bei uns herrsche eine ganz andere Art der demokratischen Auseinandersetzung: das Volk entscheide am Schluss und die Regierung müsse auch bei einer Niederlage nicht zurücktreten. Das Volk fände es in aller Regel richtig, dass verschiedene politische Richtungen in der Regierung vertreten seien. Diese müssten sich in ein Team einlassen und versuchen in der Amtszeit das Beste zu leisten. «Dies gibt eine

völlig andere Dynamik, welche ich sehr spannend finde.»

Aber es gibt auch Schwierigkeiten in der schweizerischen Demokratie. Martin Jäger ortet diese in der Entfremdung zwischen Politik und Volk. Auf nationaler Ebene sei diese gut spürbar. Diese Unzufriedenheit werde dann von den Medien und Parteien bewirtschaftet und führe schnell zu einer Gefühlsdemokratie. Vermehrt würden «Zeichen gesetzt», was er stark ablehne, denn Politik bestehe nun mal aus Taten und nicht aus Signalen oder Zeichen.

Diese Mentalität hat für ihn stark zugenommen; auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Man stimme für etwas in der Meinung, man könne hier ein Zeichen setzen, ohne dass man an eine mögliche Umsetzung glaube. Dieser Trend zu einer Unverbindlichkeit stört Martin Jäger sehr. Man könne beispielsweise dem Alpenschutzartikel oder der Zweit-

Diese Unzufriedenheit werde dann von den Medien und Parteien bewirtschaftet und führe schnell zu einer Gefühlsdemokratie.

wohnungsinitiative zustimmen, aber die Politik halte sich dann doch nicht so richtig daran. Alles würde verwedelt, damit es doch nicht ganz so komme wie im Abstimmungstext. Dies sei eine grosse Schwäche der heutigen Politik, welche die Vorurteile ihr gegenüber unnötig nähre.

Sein politisches Interesse ist in der Schule gewachsen. Martin Jäger hatte Lehrer, die dieses stark gefördert haben. Beide Geschichtslehrer – einer war später mit ihm im Grossen Rat – waren im Unterricht bekennende Mitglieder der FDP. Diese hatten sich nie als politisches Neutrum gegeben. Man wusste

EINE GUTE SCHULE IST FÜR MICH, WENN...

jedes Kind im Jetzt und für die Gestaltung seiner Zukunft gestärkt wird.

Eine gute Schule ist eine Schule für alle. Alle Kinder – unabhängig von Herkunft oder Leistungsfähigkeit – fühlen sich fair behandelt und machen in der Schulgemeinschaft und im Unterricht vielfältige Erfahrungen, die sie in ihrer Eigenständigkeit und ihrem Selbstbewusstsein stärken. Die Eltern werden dabei als wichtige Partner einbezogen.

In einer guten Schule unterrichten Lehrerinnen und Lehrer mit Leidenschaft. Sie haben sich (!) und den Kindern gegenüber hohe Lernerwartungen, ermöglichen den Schülerinnen und Schülern mitverantwortliches Lernen und persönliche Erfolgserlebnisse. Fragen sind erwünscht, Fehler erlaubt und das Feedback zum Wissen, Wollen und Handeln verdeutlicht beiden die eigene Selbstwirksamkeit.

Eine gute Schule ist mehr als die Summe guten Unterrichts. Dazu gehören auch die unvergessliche Schulreise, die gemeinsame Theateraufführung oder das herzhaft Lachen beim missglückten Chemieversuch und all das, was wir uns bei der nächsten Klassenzusammenkunft erzählen werden (;-)

ANDREA CAVIEZEL, LEITER SCHULINSPEKTORAT GRAUBÜNDEN

um ihre Standpunkte, an denen er sich durchaus auch gerieben habe. «Aber es war extrem gut! Ich habe nur gute Erinnerungen daran.»

Mit der eigenen Klasse führte er oft Podiumsgespräche durch. Zwei aus der Klasse bereiteten sich für, zwei gegen etwas argumentativ vor. Dabei ging es nicht um politische Fragen, sondern um Anliegen, welche für die Jugendlichen interessant waren. «Mir ging es ums Argumentieren, ums Einstehen für den eigenen Standpunkt, ums Kennenlernen anderer Standpunkte, um den Respekt vor den anderen, um lebendige Diskussionen.» Lächelnd fügt er bei, dass es manchmal sehr laut wurde, je nach Empörung der einen oder anderen Seite.

Politische Themen und Entwicklungen gehören für Martin Jäger unbedingt zum Schulalltag. Er berichtet von eindrücklichen Schulbesuchen, in welchen Aktuelles in der Klasse besprochen wurde. «So wird ein staatskundliches

Bewusstsein und das Interesse an der Umwelt geweckt.»

«Demos kratein» heisst, das Volk regiert. Für ihn sei die Gleichheit der Menschen ein ganz wesentlicher Punkt und das Ideal der Demokratie. Demokratie lebe vom Respekt vor der anderen Meinung. Dies sei manchmal schwierig, aber für ihn stets ganz wesentlich.

Dass dies nicht selbstverständlich ist, hat er am eigenen Leibe erfahren, als seine bürgerlichen «Vorvorvorgänger» alles unternommen hatten, damit der Junglehrer Martin Jäger in Graubünden keine Stelle bekommen würde, weil er damals Sekretär der SP Graubünden war und mit zwei Bundesräten in Bern Schweizerpolitik betrieb. Heute sitze ich Martin Jäger, dem EKUD-Chef, gegenüber. In der Bündner Politik scheint sich in den letzten Jahrzehnten etwas verändert zu haben. Oder hat es doch mehr mit seiner Hartnäckigkeit zu tun?

LA MOTIVAZIONE: QUESTA SCONOSCIUTA...

La motivazione nell'allievo difficile

DI GERRY MOTTIS

Uno dei problemi principali con cui deve confrontarsi la scuola moderna è la mancanza di motivazione nei giovani allievi. È infatti sempre più spesso facile trovarsi di fronte dei ragazzi o della ragazze sfiduciati, demotivati, disinteressati.

Anche se il problema tocca una percentuale per fortuna ancora ridotta della popolazione scolastica (circa il 30-40%), non bisogna trascurare quanto questo tipo di atteggiamento nei confronti della scuola, dello studio, dell'apprendimento e del rapporto con gli insegnanti proponga delle sfide non sempre facili da superare.

Per questa ragione, negli ultimi anni, si sono proposti dei corsi di aggiornamento proprio attorno al tema della «**motivazione scolastica**». Come afferma il professor Masoni, *i vecchi metodi proposti dalla scuola non sono più adatti per affrontare le problematiche dei giovani oggi; di conseguenza, questi manifestano chiaramente la loro sfiducia nei confronti dei loro insegnanti proponendo lo schema della demotivazione e dell'indifferenza*. In altre parole, oggi il «sapere comandato» è disobbedito!

A seguito di questa riflessione, si conclude che «bisogna far fare senza comandare»... Nel caso contrario, scatterà la disobbedienza degli allievi e l'infrazione delle regole di comportamento.

Consiglia lo specialista che di fronte ad una lista di regole da non seguire (non fare questo, non fare quello...), sarebbe meglio affiancare una lista di ciò che si può e si deve fare (hai il permesso di... puoi... ecc.).

La mancanza di motivazione in un ragazzo o di una ragazza può anche essere l'espressione di un desiderio di «contatto», cioè il desiderio manifestato di voler essere «al centro dell'attenzione» da parte dell'adulto (insegnante).

Richiamato a lavorare in modo migliore, più assiduo e preciso, l'allievo sviluppa la percezione di «esistere»! Nulla è più doloroso per un adolescente che essere dimenticato, abbandonato, segregato oppure non preso in considerazione. Come la mancanza di motivazione, anche **la provocazione** rientra nello stesso ambito di interesse: è una richiesta di considerazione dell'allievo verso l'adulto).

Una strategia per motivare gli allievi, ad esempio secondo il professor Dozio, è quella di saper gratificare nel modo opportuno l'allievo demotivato. **La gratificazione** permette uno sviluppo positivo non solo nell'ambito scolastico. La mancanza di motivazione nell'allievo spesso rappresenta *il non voler affrontare il rischio di un fallimento che segue uno sforzo*. Ritirandosi da questo schema che comporterebbe sofferenza, il ragazzo o la ragazza propone un comportamento asociale, ripiegato su di sé, con lo scopo più o meno cosciente di evitare **la frustrazione**.

Se la motivazione iniziale nasce nel contesto della famiglia, dove si dovrebbero fare esperienze di «gratificazioni equilibrate», essa può anche nascere nel contesto della classe. La motivazione – continua Dozio – implica il coinvolgimento e il sentirsi integrati nel contesto di appartenenza.

Ruolo fondamentale è dovuto al docente, e più precisamente dal suo **entusiasmo** per quanto insegna e trasmette; non solo per quanto riguarda i contenuti (il sapere) ma anche per come trasmette questo sapere (saper fare e saper essere).

Un modello positivo ed entusiasta attiverà molto più facilmente (e in modo naturale) la motivazione nell'allievo. È forse questo, in conclusione, l'aspetto più importante: sostenere gli insegnanti affinché insegnino sempre con piacere, proponendo dei modelli di comportamento positivi che comunichino positività e piacere nella scoperta e nella conoscenza, e che sappiano dunque invitare allo sforzo ai fini di gratificazioni trasformative molto importanti.



Contatto: gmottis@hotmail.com

Homepage: www.gmottis.ch